

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 02/0305/WP18
Federführende Dienststelle: FB 02 - Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 11.01.2024
		Verfasser/in: FB 02
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vom 20.09.2023 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
06.02.2024	Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung genehmigt die Niederschrift zu seiner Sitzung (öffentlicher Teil) vom 20.09.2023.

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und
Regionalentwicklung vom 20.09.2023 (öffentlicher Teil)**

N i e d e r s c h r i f t
**Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und
Regionalentwicklung**

4. Januar 2024

Sitzungstermin: Mittwoch, 20.09.2023
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Jakob von Thenen

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsherr Sebastian Becker

Herr Sebastian Klick

Vertretung für: Ratsherr Lars Lübben

Ratsherr Markus Mohr

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Ratsfrau Karin Schmitt-Promny

Ratsherr Michael Servos

Vertretung für: Ratsherr Boris Linden

Frau Nadine van der Meulen

Vertretung für: Frau Katharina
Hrvacanin

AAWR/16/WP18

Ausdruck vom: 11.01.2024

Seite: 1/13

Herr Wilhelm Paul Depenbrock

Herr Constantin Halim

Herr Uwe Hittmeyer

Frau Lisa Lang

Herr Tobias Schindler

Frau Kerstin Steffens

Herr Manfred Reinders

Frau Paola Blume

Herr Rolf Winkler

Herr Karl Heinz Deutz

Abwesende:

Bürgermeister Holger Brantin

entschuldigt

Frau Katharina Hrvacanin

entschuldigt

Ratsherr Boris Linden

entschuldigt

Ratsherr Lars Lübben

entschuldigt

Herr Andor Schmitz

entschuldigt

Herr Jost Nobis

entschuldigt

Herr Axel Schwartz

entschuldigt

Herr Marc Teuku

entschuldigt

Herr Ralf Woelk

entschuldigt

Ratsherr Wolfgang Palm

entschuldigt

Frau Brita Möller

entschuldigt

Herr Karim El Naggar

entschuldigt

Gäste:

Herr Prof. Dr. Achim Stahl RWTH Aachen

von der Verwaltung:

Herr Dieter M. Begaß	Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa
Frau Christina Fitzner	Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa
Frau Magdalena Keus	Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa
Frau Sarah Lambertus	
Herr Tobias Spölgén	Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa
Herr Tobias Willsch	Dez. VI

als Schriftführer:

Herr Herbert Kuck

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vom 21.06.2023 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 02/0263/WP18

- 3 **New Business Factory (NBF)**
hier: Bericht zum aktuellen Sachstand der 'New Business Factory'
Vorlage: FB 02/0265/WP18

- 4 **'Fokusjahr Adalbertstraße' (GRÜNE & SPD - Ratsantrag Nr. 333/18)**
Vorlage: FB 02/0261/WP18

5 **Unternehmensnachfolge (Ratsantrag 336/18 - SPD AT 164/23; Grüne AT 17/2023)**
Vorlage: FB 02/0260/WP18

6 **'Einstein-Teleskop'**
Vorlage: FB 02/0258/WP18

7 **Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP-NRW) - Ausbau der erneuerbaren Energie**
hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz
Vorlage: FB 61/0723/WP18

8 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan - Freunder Weg / Zeppelinstraße - zwischen Freunder Weg, Zeppelinstraße und Eisenbahnweg Sachstandsbericht, weitere Vorgehensweise**
Vorlage: FB 61/0737/WP18

9 **Informationen der kommunalen Statistikstelle**
Vorlage: FB 02/0262/WP18

10 **Mitteilungen:**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vom 26.04.2023 (nicht-öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 02/0264/WP18

2 **Aktueller Sachstand der Altlastenuntersuchungen auf den Grundstücken der Continental Reifen Deutschland GmbH**
Vorlage: FB 36/0309/WP18

3 **Mitteilungen:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der neue Ausschussvorsitzende Herr von Thenen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und dankt vorab für die im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit erbetene Unterstützung. Er bittet dann um Mitteilung, ob Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestehen. Da dies nicht der Fall ist, wird diese einstimmig genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung vom 21.06.2023 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 02/0263/WP18

Mit sechs Enthaltungen wegen Nicht-Anwesenheit ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung genehmigt die Niederschrift zu seiner Sitzung (öffentlicher Teil) vom 21.06.2023.

zu 3 New Business Factory (NBF)

hier: Bericht zum aktuellen Sachstand der 'New Business Factory'

Vorlage: FB 02/0265/WP18

Frau Wilhelmi, Geschäftsführerin des digitalHUB Aachen, trägt anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema vor. Frau Blume dankt für die Ausführungen und bewertet die vorgestellten Maßnahmen als gute Unterstützung für Unternehmen. Auf die Frage, was nach Ablauf der Förderung nach drei Jahren passiere, erklärt Frau Wilhelmi, dass sie davon ausgehe, dass man anderweitig weiter unterstützen können, ggf. aber mit einer Kostenbeteiligung seitens der Unternehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung nimmt den Bericht zum aktuellen Sachstand des Förderantrags zur 'New Business Factory' zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, dem Ausschuss die Aktivitäten in angemessenen Abständen zu präsentieren.

zu 4 'Fokusjahr Adalbertstraße' (GRÜNE & SPD - Ratsantrag Nr. 333/18)

Vorlage: FB 02/0261/WP18

Frau Keus gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über die vielen bereits erfolgten und noch geplanten Maßnahmen im Rahmen des Fokusjahres. Herr von Thenen dankt für den Vortrag. Herr Dolan schließt sich diesem Dank an und bestätigt, dass die vorgestellte AdalbertOASE gut angenommen werde. Er begrüßt den angekündigten Studierenden-Wettbewerb; hierbei sollte man das Thema 'Wohnen' im Fokus behalten, da eine Mischnutzung gefördert werden müsse. Zudem möchte er wissen, warum offenbar weniger Aktivitäten in der unteren Adalbertstraße stattfänden und wann man mit dem Start der 'Smarten Bänke' rechnen könne. Frau Keus bestätigt, dass die Themen 'Wohnen & Leben' in den Wettbewerb eingebracht würden. Sie verweist darauf, dass man im Rahmen der VU 'Östliche Innenstadt' im Austausch sei und auch in der unteren Adalbertstraße z.B. die Themen 'Begrünung' und 'CityGold' mitdenke. Die 'Smarten Sitzbänke' seien bereits gefertigt, man warte jetzt nur noch auf die Fertigstellung der Fundamente; gleichwohl sei die Standdauer der Bänke ohnehin nicht nur kurzfristig geplant.

Herr Becker dankt ebenfalls für den Vortrag und die bisher geleistete Arbeit. Die Adalbertstraße stelle aus seiner Sicht eine große Herausforderung dar, daher sei es gut, dass kurz-, mittel- und langfristige Lösungen entwickelt würden. Auf die Frage, ob die Fortsetzung der Maßnahmen mit der ISA abgestimmt seien, bestätigt Frau Keus, dass die ISA im Hinblick auf die Verstetigung der Aktivitäten "mit im Boot" sei.

Frau Blume fragt nach der Rentabilität der Maßnahmen und sieht die Notwendigkeit eines Mobilitätsangebots, damit die Besucher in die Stadt kommen. Frau Keus weist darauf hin, dass der zweite Punkt ein zentrales Thema im FB 61 sei, Ansonsten habe man den Eindruck, dass die Maßnahmen angenommen würden und sich somit auch rentierten. Auf die Frage von Frau von der Meulen, ob auch Formen des betreuten Wohnen einbezogen würden, verweist Frau Keus auf den aktiven Austausch mit den Studierenden, in denen zentrale Themenbereiche vorgegeben werden. Frau Schmitt-Promny verweist im Hinblick auf die Bemerkung von Frau Blume auf das durch drei in unmittelbarer Nähe liegende Parkhäuser bestehende Erreichbarkeitsangebot. Sie zeigt sich sehr positiv überrascht über die Vielzahl der seitens der Verwaltung nun präsentierten Maßnahmen und bewertet die Aktivitäten der ISA als entscheidend. Die Adalbertstraße müsse sich multi-funktional ändern. Auch Herr Halim konstatiert, dass man der Verwaltung sicher nicht mangelnden Fleiß vorwerfen könne. Er hält es für richtig und wichtig, gemeinsam mit der ISA an der Weiterentwicklung der Straße zu arbeiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung nimmt den Bericht und das weitere Vorgehen zur Kenntnis.

zu 5 Unternehmensnachfolge (Ratsantrag 336/18 - SPD AT 164/23; Grüne AT 17/2023)

Vorlage: FB 02/0260/WP18

Herr Becker dankt für die Vorlage und bemerkt die Ernsthaftigkeit, mit der in der Verwaltung das Thema aufgegriffen werde. Es sei wichtig, dass man dem Thema begegne und die Potenziale der Stadt nutze. Er verweist auf einen mit der GRÜNEN Fraktion abgestimmten geänderten Beschlussvorschlag (siehe unten). Frau Schmitt-Promny ist wichtig, anzumerken, dass es bereits Maßnahmen der Kammern gebe aber noch wenig Interesse seitens der Unternehmen bestehe. Auch Frau Steffens bestätigt ausdrücklich das sehr große Engagement der Kammern. Herr Mohr hinterfragt im Hinblick auf eine aus seiner Sicht notwendige Sensibilisierung der Unternehmen und gleichzeitigem umfangreichen Engagement der Kammern die Notwendigkeit des geänderten Beschlussvorschlages; er werde diesen ablehnen, damit die Verwaltung angesichts der ausreichenden Angebote nicht noch zusätzlich eingebunden werde. Herr Becker betont, dass man auch weitere Potenziale heben und koordinieren wolle. Sodann ergeht folgender geänderter

Beschluss:

AAWR/16/WP18

Ausdruck vom: 11.01.2024

Seite: 7/13

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung nimmt die Ausführungen zum aktuellen Stand, potentiellen Möglichkeiten und Herausforderungen im Bereich Unternehmensnachfolge zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten, die Fragestellung der Unternehmensnachfolge im Rahmen Ihrer Tätigkeiten und in Kooperation mit den Kammern und den Aachner Hochschulen zu verfolgen. Die Verwaltung wird gebeten, in einer der nächsten Ausschusssitzungen die Ergebnisse aus diesen Gesprächen vorzustellen.

zu 6 'Einstein-Teleskop'

Vorlage: FB 02/0258/WP18

Herr Prof. Stahl trägt zum Sachverhalt vor. Herr von Thenen dankt für die Ausführungen und eröffnet die Diskussion. Frau Schmitt-Promny dankt ebenso und begrüßt, wie gut man dem komplexen Sachverhalt folgen kann. Man müsse die Diskussion so führen, dass sowohl das Projekt Windenergie als auch das Einstein-Teleskop vorangetrieben werden könne. Sie erachtet es als spannend, dass Variabilität zu erwarten sei, wie Windkraft flexibler umgesetzt und genutzt werden kann und begrüßt den Ansatz sehr. Windkraftproduktion höre nicht an den Grenzen der Stadt Aachen auf.

Herr Mohr möchte im Hinblick auf die als Vorteil gesehene Involvierung der drei Länder wissen, was den hiesigen Standort von der Lausitz unterscheide und wo der wissenschaftliche Vorteil sei. Herr Prof. Stahl verweist auf die fehlende wissenschaftliche Unterstützung sowohl in der Lausitz als auch auf Sardinien; in Aachen finde man viele Experten für viele mit dem Projekt verbundene Fragestellungen. Herr Servos weist auf das Zustandekommen des Beschlussvorschlags (BV) nach Austausch mit Prof. Stahl hin. Die Vereinbarkeit der Windenergie mit der Spitzenforschung sei ein großer Vorteil. Gleichwohl sei man noch weiter gegangen und habe den BV übergreifend abgestimmt, um das Einstein-Teleskop bestmöglich zu unterstützen ohne das Ausbau-Szenario zu konterkarieren. Frau Steffens dankt ebenfalls für den Vortrag und betont, dass man dieses erste grenzüberschreitende Projekt in Europa unabdingbar vorantreiben sollte; der Standort hier sei ideal.

Herr Prof. Stahl glaubt, dass die Lausitz in ein paar Monaten kein Thema mehr sei. Er betont aber auch, dass die Niederlande und Belgien leichtere Möglichkeiten hätten, ihre Gebiete zur Verfügung zu stellen, da es keine 1a-Lagen seien; die hiesigen Gebiete aber durchaus. Herr Mohr drückt seine Sorge aus, dass wegen der Windkraft-Diskussion Irritationen entstehen könnten. Windkraft in Aachen sei aber nicht ausschlaggebend für das Weltklima, daher sollte man im Zweifel auf Windkraftanlagen verzichten. Herr Halim begrüßt, dass das Thema öffentlich diskutiert werden kann; es sei gut, dass über Arbeitsplätze, Wirtschaft und die Region gesprochen werde, das Thema sei also im AAWR absolut richtig. Er wirbt dafür, sich dem Beschluss des Ausschusses für Wissenschaft und Digitalisierung anzuschließen. Frau

Schmitt-Promny weist darauf hin, dass der vorgelegte BV dem geänderten AWD-Beschluss entspricht. Herr Reinders appelliert dafür, das Projekt geschlossen und gemeinsam voranzutreiben. Sodann ergeht folgender geänderter

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis. Darüber hinaus wird im Rahmen der Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung folgender Beschluss gefasst:

Wir leben nicht in einem Zeitalter der Veränderungen, sondern in einem sich verändernden Zeitalter. Klima und Umwelt fordern einen grundsätzlichen Wandel, der in Einklang mit weiteren großen Aufgaben gebracht werden muss.

Das in der Euregio Maas-Rhein angedachte Projekt 'Einstein-Teleskop' eröffnet für Aachen und unsere grenzüberschreitende Region große wissenschaftliche Chancen. Der Ausschuss unterstützt nachdrücklich alle Bemühungen, das Einstein-Teleskop in die Euregio Maas-Rhein zu holen und empfiehlt der Stadt Aachen, das Projekt mit Kräften zu unterstützen. Gleichzeitig verfolgt die Stadt ambitionierte Klimaziele, die u.a. Geothermie und den Ausbau der Windkraft umfassen.

In enger Abstimmung mit dem das Projekt tragenden Konsortium arbeitet die Verwaltung derzeit daran, die beiden Projekte miteinander in Einklang zu bringen. Die Gespräche zwischen Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Landesregierung und der Stadt Aachen sollen intensiviert und es soll nach Lösungen gesucht werden, wie die auftretenden Probleme (Wechselwirkungen) aufgelöst werden können.

Mit dem Ziel, diesen Prozess zu unterstützen und zu beschleunigen, bittet der Ausschuss die Verwaltung zu prüfen, welche Personalressourcen notwendig sind, um die Vereinbarkeit der verschiedenen Projekte zu untersuchen, technische Möglichkeiten aus der Forschung zusammenzutragen und diese im Dialog mit Betreiber*innen von Windkraftanlagen im Rahmen der Genehmigungsverfahren voranzutreiben. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, einen Vorschlag für die Ansiedlung dieser Personalressourcen, z.B. direkt in der Stadtverwaltung oder in der neu gegründeten Agentur für Energie, Klima und Nachhaltigkeit, im nächsten Personal- und Verwaltungsausschuss vorzulegen.

Die städtischen Planverfahren der Windenergiepotenzialplanung sowie weiterer Projekte (z.B. Pilotprojekte der Geothermie) auf Aachener Stadtgebiet werden bis auf weiteres unvermindert fortgeführt.

Die Prüfungen der technischen Vereinbarkeit von Erneuerbare-Energien-Technologien und Einstein-Teleskop sind gemeinsam mit unseren Nachbar*innen in den Niederlanden und Belgien vorzunehmen

und die wissenschaftlichen Ergebnisse sind beiden Seiten zur Verfügung zu stellen. Denkbar und wünschenswert ist, dass in diesen Gesprächen gemeinsam ein Grundstein für eine regionale Strategie zur Energieversorgung und insbesondere zum Ausbau der erneuerbaren Energien gelegt wird.

zu 7 Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP-NRW) - Ausbau der erneuerbaren Energie

hier: Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz

Vorlage: FB 61/0723/WP18

Herr Mohr erklärt, dass man die Aufhebung der '1000 Meter-Grenze' nicht mittragen werde. Mit einer Nein-Stimme ergeht dann der mehrheitliche

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Planungsausschuss, dem im Anlage 1 beigefügten Entwurf der Stellungnahme der Stadt Aachen im Rahmen der Beteiligung gemäß § 13 Landesplanungsgesetz und § 9 Raumordnungsgesetz zuzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen, diesen abschließend bei der Landesplanungsbehörde NRW einzureichen.

zu 8 Vorhabenbezogener Bebauungsplan - Freunder Weg / Zeppelinstraße - zwischen Freunder Weg, Zeppelinstraße und Eisenbahnweg Sachstandsbericht, weitere Vorgehensweise

Vorlage: FB 61/0737/WP18

Herr Mohr verweist darauf, dass er in dem in Rede stehenden Gebiet wohne und 1.) mit den Planungen und Straßenführungen des Investors nicht einverstanden sei; der RWTH-Entwurf sei viel ambitionierter. 2.) Der Wohnungsanteil im Nutzungsmix sollte größer sein und seniorengerechte Wohnungen mehr Berücksichtigung finden. Das kulturelle Angebot sei im Gegensatz zum RWTH-Entwurf gestrichen, obwohl dies von hohem Wert wäre. Nicht zuletzt sei das Viertel geprägt von Backstein-Bauten. Beim Areal 'Guter Freund' habe man noch auf eine angepasste Gestaltung geachtet, dies sei nun hier aber nicht mehr der Fall. Er regt an, ambitionierter vorzugehen und vom Investor mehr zu erwarten. Auf die Frage an die Verwaltung nach Überlegungen, dort selbst Flächen anzumieten, entgegnet Herr Begaß, dass man nicht dort, ggf. aber über Flächen in der Nachbarschaft nachdenke.

Herr Dolan möchte auf das 3. ISEK hinweisen, in dem das Gebiet – z.B. welche Bedarfe das Quartier hat – in den Fokus gerückt wurde. Auch seiner Faktion sei der Mangel an Wohnungen aufgefallen. Herr Servos meint, man müsse schauen, welcher Ausschuss für welche Themenbereiche beteiligt werde. Es gehe hier um Arbeitsplätze um möglichst schnell die wegfallenden Arbeitsstellen zu ersetzen. Weitere Fragen des Nutzungsmix etc. gehörten in den Planungsausschuss. Herr Mohr erklärt, dem BV nicht zustimmen zu können, da er die Investorenplanung nicht mittragen könne; er hoffe, dass noch Änderungen erfolgten. Herr Begaß sieht aus dem Blickwinkel der Wirtschaftsförderung, dass Wohnungen auch immer Abstandsflächen auslösen; dies werde aber im Planungsausschuss behandelt werden. Frau Steffens betont, Wirtschaft brauche Flächen, brauche An- und Ablieferverkehr, ein reibungsloser Verkehrsfluss sollte eingeplant werden; sie fragt, ob an ein Parkhaus gedacht sei und möchte wissen, was 'Steuerung EH' heißt. Herr Begaß führt aus, dass die Stadt nicht überall Einzelhandel haben wolle, insbesondere den großflächigen Einzelhandel betreffend; hier wolle man entsprechend steuern. Herr Servos weist darauf hin, dass man am Beginn des Planungsprozesses sei, insofern nehme man die Anregungen auf. Mit einer Nein-Stimme ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuss, den Planungsprozess in der vorgestellten Form fortzusetzen.

zu 9 Informationen der kommunalen Statistikstelle

Vorlage: FB 02/0262/WP18

Herr Halim dankt für die umgehende Beantwortung der zuletzt aufgetretenen Fragen und betont, dass man gute Zahlenbrauche um gute Politik machen zu können. Herr von Thenen schließt sich diesem Dank an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung nimmt die Ausführungen der kommunalen Statistikstelle zur Kenntnis.

zu 10 Mitteilungen:

Keine Wortmeldungen

Zum Abschluss der Sitzung weist Herr von Thenen darauf hin, dass er zukünftig zu einzelnen Themen Vertreter*innen der IHK und HWK einladen möchte und bittet um ein Votum, ob es hierzu Einwände gibt. Dies ist nicht der Fall.

Da ansonsten keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Herr von Thenen die Sitzung mit einem Dank an die Anwesenden um 19:00 Uhr.